

■ Merkel bleibt Regierungschefin

Die EU-Kanzlerin

Von Arnold Schölzel

Ein entscheidendes Ergebnis der Bundestagswahl 2017 stand so früh fest wie selten: Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin. Mit welchem Flügel der bundesdeutschen Staatspartei aus CDU/CSU, SPD, FDP oder Grünen sie eine Koalition eingeht, bleibt offen, ist aber sekundär. Der Wahlkampf dieses Jahres war vor allem ein Wettbewerb darum, wer Merkel am nächsten kommt. Das war nicht einfach, denn die CDU hatte faktisch auf ein Wahlprogramm verzichtet. Zudem gelang es vorschriftsmäßig, unangenehme Themen wie Krieg, für den alle diese Parteien irgendwann die Hand gehoben hatten, oder gar die akute Drohung mit ihm durch die USA unter den Teppich zu kehren.

Eine taktische Meisterleistung der Merkel-Truppe steckte nicht dahinter. Das Versprechen, aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise gestärkt hervorzugehen, ist gegenwärtig erfüllt – nur die Krise selbst ist nicht beendet. Vom Wohlwollen der Banken und Konzerne für Merkel möchten die Kleineren gern zehren. Das hat SPD und Grüne zu FDP-Klonen gemacht.

Ihr Konsens folgt dem der Herrschenden wie der Schoßhund dem Nahrungsspender. Alle zusammen garantieren das »betreute Regieren«, das Synonym für staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der kommt ohne imperialistische, ohne kriegsgestützte Expansion nicht aus, hat also die nächsten Aufgaben mit ökonomischem Druck und politischem Diktat gegenüber sogenannten Partnern, mit Militär gegen »Störer« weltweit zu bewältigen.

Am Wochenende war dazu Klartext zu lesen. So legte Siemens-Chef Josef Kaeser im *Spiegel* dar, wie »wir unser Exportmodell erhalten können«. Eine Devise lautet nach ihm: »Wir können auf die Langsamen nicht mehr warten.« (siehe auch den Auszug aus dem Interview auf dieser Seite unter »Abgeschrieben«). Das galt an dieser Stelle den bereits Abgehängten innerhalb der Bundesrepublik. Am anderen macht Kaeser klar: Ähnliches gilt auch für ganze Länder, die sich wie Griechenland »zu kurz gekommen fühlen«, tatsächlich aber ihre »globale Wettbewerbsfähigkeit« verloren hätten.

Was daraus praktisch folgt, formulierte Thomas Gutschker in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* so: Merkel fühle sich »in einer Verantwortung dafür, dass es in der gesamten (Europäischen) Union wirtschaftlich aufwärts geht. Uneigennützig ist das nicht: Deutschlands Wohlstand hängt schließlich daran, dass sich andere die teuren Qualitätsprodukte leisten können.«

Gewählt wurde am Sonntag, das ist richtig, nicht nur eine deutsche, sondern die EU-Kanzlerin. Sie garantiert, wofür der Block letztlich konstruiert wurde: kontinuierliche Erhöhung des Ausbeutungsgrades in allen Mitgliedsstaaten und verstärkte deutsche Führung.

Bei so viel Großem, das bevorsteht, können Merkels Satellitenparteien nicht abseits bleiben. Sie verkörpern die neue deutsche Herrlichkeit in ihrer sanft redenden Variante. Über den großen Knüppel, den sie führen, redet vorerst nur die AfD offen.

■ Eigentorschütze des Tages

Donald Trump



Wenn er nicht qua Amt die Macht hätte, eine Menge Porzellan zu zerschlagen, wäre es mit Donald Trump sehr unterhaltsam. Der US-Präsident torkelt durch die Weltpolitik wie ein besoffener Revolverheld, der jeden im Saloon anrempelt, den er kriegen kann. Nur wenige Tage nach seinem HB-Männchen-Auftritt bei der UNO legte er sich am Wochenende mit Superstars der heimischen Profiligen im Football (NFL) und im Basketball (NBA) an.

In Huntsville im Bundesstaat Alabama beleidigte Trump Footballspieler, die sich aus Protest beim Abspielen der Hymne vor dem Match hinknien statt, wie üblich, aufzustehen. Vor Anhängern forderte er die Klubbesitzer auf, solche »Hurensöhne« sofort vom Feld zu holen. Anschließend legte er auf Twitter nach: Wenn ein Spieler »das Privileg wolle,

Millionen Dollar (...) zu machen«, dann müsse er sich während der Hymne erheben: »Wenn nicht, bist du gefeuert!« NFL-Star Colin Kaepernick hatte sich im August 2016 als Zeichen gegen Polizeigewalt gegen Afroamerikaner während der Hymne hingekniet. Mehrere andere Spieler haben sich seitdem vor Spielbeginn ähnlich verhalten.

»The Donald« legte sich, wo er schon mal dabei war, auch noch mit der NBA an. Per Twitter zog er eine Einladung an das Meisterteam der »Golden State Warriors« aus dem kalifornischen Oakland ins Weiße Haus zurück, nachdem Teamkapitän Stephen Curry öffentlich überlegt hatte, das Treffen abzusagen. NBA-Superstar LeBron James twitterte zurück. »Du Penner, Stephen Curry hat doch längst gesagt, dass er nicht erscheint. (...) Ins Weiße Haus zu kommen war eine große Ehre, bis Du aufgetaucht bist.«

Ob der Streit mit den NFL- und NBA-Stars Trump gut bekommt, ist fraglich. Während er in Sachen Flüchtlingsabwehr oder Demokraten-Bashing auf breite Zustimmung setzen kann, erfreuen sich die Spitzensportler in den USA parteiübergreifend enormer Beliebtheit.

Felix Jota

»Militarisierung der Polizei ist nicht zu übersehen«

Beim G-20-Gipfel wurde deutlich, wie die Sicherheitsbehörden in Zukunft auf Proteste reagieren könnten. Gespräch mit Michael Ramminger

Sie waren an einer Veranstaltung im Hamburger DGB-Haus am 15. September beteiligt, bei der erschreckende Berichte über Polizeigewalt während des G-20-Gipfels zu hören waren. Wie hat das auf Sie gewirkt?

Sie haben noch mal die Bilder von Übergriffen der Polizei hervorgerufen, die ich ja selbst teilweise miterlebt habe. Und es war gut, dass von anderen, die das am eigenen Körper erfahren haben, zu hören. Das hat meine Einschätzung bestätigt, dass diejenigen, die dort waren, von der Polizeigewalt, und diejenigen, die ihre Informationen aus den Medien hatten, ausschließlich von den sogenannten Ausschreitungen geredet haben.

In der von Ihnen moderierten Podiumsdiskussion haben Sie die Befürchtung geäußert, dass die G-20-Proteste die letzte Massenkundgebung gewesen sein könnten, »aus der wir heil herausgekommen sind«. Bei kommenden Anlässen, so Ihre Befürchtung, würden viel mehr Aktivisten eingesperrt.

Das war eine nachdenkliche Formulierung angesichts des Willens zur Gewalt der Staatsapparate. Die Militarisierung der Polizei ist nicht mehr zu übersehen. Und jetzt: Sondereinsatzkommandos, die Freigabe des Schusswaffengebrauchs. Am Donnerstag abend (an jenem Tag fand die »Welcome to Hell«-Demonstration statt, die von der Polizei angegriffen wurde, jW) wurden am Hafenrand wohl Schwerverletzte, vielleicht sogar Tote in Kauf genommen. Das ist der zelebrierte Ausnahmezustand. Aber der reicht ja auch über die G-20-Tage hinaus. Die ersten Urteile gegen Gipfelgegner zeigen in ihrer Maßlosigkeit, dass der Ausnahmezustand in die Normalität des Alltags weitergeführt werden soll.

■ Abgeschrieben

Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Josef Kaeser, gab dem Spiegel vom 23. September ein Interview, in dem es heißt:

Kaeser: Wir müssen den Unternehmen die Freiräume geben, um erfolgreich zu sein und einen Teil der Wertschöpfung dann an die umzuverteilen, die Hilfe benötigen. Das ist das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft und ist auch heute noch richtig. Nur ist heutzutage durch die Globalisierung, das Internet und nahezu unbegrenzte Kommunikationsmöglichkeiten alles viel schneller geworden. Wir können auf die Langsamen nicht mehr warten. Dafür ist die Geschwindigkeit im internationalen Wettbewerb viel zu hoch. Deshalb müssen wir uns überlegen: Was machen wir denn mit denjenigen, die trotz bester Bemühungen, Umschulungen und Förderung nicht mithalten können? Wir müssen diesen Menschen durch eine Art Grundversorgung für das Alter eine Perspektive geben, damit sie nicht da hinunterfallen, wo ich heute das Wählerpotential für nationalistische und populistische Parteien sehe: einem Sammelbecken der Alleingelassenen, der Enttäuschten und der »Wutbürger«. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, womit es manchmal verwechselt



Michael Ramminger ist Theologe und Mitbegründer des Instituts für Theologie und Politik in Münster

Das Strafrecht ist kurz vorm Gipfel verschärft worden: Wer an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilnimmt, kann schnell im Knast landen.

Es gibt tatsächlich Gesetzesänderungen, die wir nicht unterschätzen sollten: wie zum Beispiel die Neuformulierung des Paragraphen 113, nach dem schon das Mitführen eines als gefährlich eingestuft Gegenstands als Widerstand gegen Polizisten definiert werden kann.

Woher kommt der Hass auf Linke, der sich in Teilen des Sicherheitsapparats findet?

Die Polizei ist eher rechts, konservativ und ganz deutsch antikommunistisch eingestellt. Sie stehen auf der Seite der »Ordnung«, wie sie es nennen. Und Linke stehen aus ihrer Sicht eben auf der Seite des Chaos, der Unordnung, der Unruhe. Wer braucht das schon? Da unterscheiden sie sich nicht von der Mehrheit der Bevölkerung, machen wir uns nichts vor. Und zuletzt ist die Demütigung, dass sie die Ordnung in Hamburg in ihrem Sinne nicht aufrecht erhalten konnten, tatsächlich in entfes-

selte Wut gegen uns umgeschlagen.

Medien, Polizei und Justiz decken dieses Vorgehen weitgehend. Ist der Marsch in den Polizeistaat da nicht vorgezeichnet?

Das Problem ist letztlich nicht einfach ein Polizeistaat. Das Problem ist eigentlich die tiefe Krise der repräsentativen Demokratie oder präziser: das Ende der Illusion der Demokratie. In einer Demokratie müsste die begrenzte Reichweite von Gesetzen mitgedacht werden. Da, wo man sie um jeden Preis durchsetzen will, wird nicht mehr das Zusammenleben vernünftig organisiert, sondern man nähert sich dem Despotismus. Wir erleben gegenwärtig, wie zum Beispiel die Ausweitung bestimmter Strafrechtsgesetze unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der Ordnung und Verteidigung der Freiheit durchgesetzt werden. Aber selbstverständlich ist das Gegenteil der Fall. Die Verschärfungen schränken die Freiheit ein und sind sogar dabei, Menschenrechte abzuschaffen.

Könnten Sie noch etwas zu Ihrem Institut für Theologie und Politik sagen? Mancher staunt ja, wenn Theologen dezidiert linke Kritik äußern.

Unser Institut steht in der Tradition der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. Da lesen wir einerseits die Bibel als eine Geschichte der Herrschaftskritik und der Hoffnung auf Gleichheit und Freiheit und versuchen diese Geschichten in den Evangelien und den prophetischen Büchern mit linker Gesellschaftstheorie und Analyse zu verbinden. Das ist erstaunlicherweise oft viel plausibler, als man denkt. Aber vor allem aus unserer eigenen Geschichte haben wir gelernt, dass man den Herrschenden gegenüber nicht misstrauisch genug sein kann. **Interview: Kristian Stemmler**

wird, hat das nichts zu tun. Sondern vielmehr damit, dass wir es unserer Geschichte und unserer Zukunft schuldig sind, dass nie wieder nationalistisches Gedankengut die Gesetze unseres Landes bestimmt. Das gelingt nur, wenn wir Integration, Verständigung und Toleranz als hohes Gut vorleben und dafür eintreten.

Spiegel: Was bedeutet das alles für die deutsche Wirtschaft?

Kaeser: Unsere Volkswirtschaft ist in weiten Teilen gesättigt, deshalb müssen wir überlegen, wie wir unser Exportmodell erhalten können (...)

Im BÜSGM-Echo, der Monatszeitung des in Berlin ansässigen Bündnisses für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e. V., kommentierte am Sonntag Gert Julius das erwartbare Ergebnis der Bundestagswahlen:

Die Show ist vorbei. Viele Fernsehschauer sind erleichtert, dass sie die in Talkshows und angeblichen Informationssendungen verbreiteten Lügen der Politikerinnen und Politiker nicht weiter ertragen müssen. Fast alle Parteienvertreter haben sich wieder einmal zu Siegern erklärt.

Die mit dem größten Stimmenanteil, die sich »christlich« nennenden Partei-

en, die völlig unnütze FDP, die wieder einmal als Minderheit mitregieren will, und die rechtsradikale AfD, die ihre Existenz der bevölkerungsfeindlichen Politik der Regierungsparteien und den Abspaltungen des rechten Randes der CDU/CSU zu verdanken hat.

Die einst linksorientierten Grünen haben das Bündnis mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verstärkt und immer noch nicht begriffen, dass menschenfreundliche Umweltpolitik etwas mit der Veränderung des Gesellschaftssystems zu tun hat.

Für Die Linke hätte es schlimmer kommen können. Ein besseres Ergebnis wäre dadurch möglich gewesen, dass die Partei die Friedenspolitik an die erste Stelle ihres Wahlprogramms stellt und nicht mit einer Koalition mit der SPD und den Grünen geliebäugelt hätte.

Bleibt die SPD, die ihre Wahlniederlage gegenüber der CDU nicht nur ihrem Gerechtigkeitschwafeln und Kanzlerkandidaten zuzuschreiben hat, sondern auch der von der Schröder-Regierung eingeleiteten menschenverachtenden Sozialpolitik. Gleichgültig welche Koalition in der BRD in den nächsten vier Jahren regieren wird, die Reichen werden immer reicher und der (...) Rest immer ärmer werden.